



Das Jahr 2025 – München und Jalta 2.0?

Dr. Klaus Olshausen

Februar 2025

Zusammenfassung

Die Aussagen des US-Präsidenten und seiner Mitarbeiter insbesondere zu weiteren Politik gegenüber Russlands Aggression und der Zusammenarbeit in der NATO führten vor und während der Münchner Sicherheitskonferenz zu harschen Debatten über Vorfestlegungen der USA für die Aufnahme von Verhandlungen mit Russland und Forderungen an Europa innerhalb und außerhalb der NATO. Die USA preschen mit Zugeständnissen an Putin voran, offensichtlich, weil sie glauben, damit Verhandlungen mit Russland überhaupt zu ermöglichen. Welche Rolle die angegriffene Ukraine und das freie Europa bei diesen Gesprächen eines Jalta 2.0 haben oder erreichen können, ist unklar. Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob Präsident Trump, der „Schlachten“ gewinnen will, zulässt, dass beim „Ziel, Kriege zu beenden“, der Aggressor völkerrechtswidrige Gewinne macht, die nicht nur einem russischen Dominium in Europa Raum geben, sondern die seine Gegenspieler im Indo-Pazifik als eine Schwäche Amerikas bewerten werden. Das kann sie bestärken, mit überschaubarem Risiko Entschlüsse für offensives Handeln, z.B. gegen über Taiwan, treffen zu können.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die letzte Woche brachte eine Reihe von Aussagen bei verschiedenen Treffen, Pressekonferenzen und Kurzspots in den sozialen Medien, die Betrachter und Analysten zu erhöhter Unsicherheit, aber auch zu Spekulationen und angeblich „klaren Vorhersagen“ für

- das Schicksal der Ukraine,
- ein freies Europa und
- eine intellektuelle und politische Zerrissenheit zwischen dem Amerika der Trump Administration und den NATO- und EU-Staaten Europas.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz ging es um zwei für Europa entscheidende Fragen:

- + Welche Wege und Maßnahmen sind erforderlich, um den brutalen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine zu beenden?
- + Wie kann das transatlantische Verhältnis in Zusammenwirken, Wettbewerb und trotz kulturellen Gegensätzen so gestaltet werden, dass für die geostrategischen Herausforderungen, v.a. durch Russland und China, gemeinsame, zumindest kompatible Wege besprochen werden.

Die erste Frage hat in dieser Woche mit Telefonaten von Präsident Trump mit Präsident Putin und danach mit Präsident Selenskyj, aber auch mit Aussagen des neuen amerikanischen Verteidigungsministers in Brüssel und der Ankündigung eines zu planenden Treffens von Putin und Trump – ggf. in Saudi-Arabien, in Europa – einen starken, oft kritischen oder fordernden Widerhall gefunden.

Trump wird offensichtlich zugetraut, mit Putin eine Art Jalta 2.0 zur Beendigung des Ukraine-Krieges mit abzugrenzenden Einflusszonen Russlands gegenüber Ukraine und dem weiteren Europa zu vereinbaren. Wer Trumps Inaugurationsrede aufmerksam gelauscht oder nachgelesen hat, kann erkennen, dass der russische Krieg in Europa offensichtlich nicht zu den „Schlachten“ gehört, die er gewinnen will, sondern zu den Kriegen, die er möglichst schnell beenden will. Sein Verteidigungsminister untermauerte diese Deutung mit zwei öffentlichen Feststellungen, die das Einflusszonen-Argument stützen würden.

Erstens die Verknüpfung von alliierter Stärke mit einem realistischen Blick auf die militärische Lage. Das bedeutet, dass „eine Rückkehr zu den Grenzen der Ukraine vor 2014 ein unrealistischer politischer Zweck ist.“

Zweitens muss ein dauerhafter Friede Sicherheitsgarantien beinhalten, die ein „Minsk 3.0“ Abkommen verhindern. Aber die USA sehen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine vermutlich nicht als realistisches Ergebnis eines Verhandlungsprozesses. Ohne jede Kontaktaufnahme mit Europa lässt er zusätzlich erkennen, dass und wie die Europäer vor Ort eine Garantie der Ukraine außerhalb der NATO absichern sollten.

Beide Punkte widersprechen der Haltung von Trump, „Frieden durch Stärke“ zu erreichen. Vizepräsident Vance hatte in einem Interview mit dem Wall Street Journal am 13. Februar Sanktionen und militärische Maßnahmen nicht ausgeschlossen, um Russland auf den Weg zu einer Vereinbarung zu drängen. Er beschuldigte zwar anschließend, seine Worte seien verfälscht wiedergegeben worden. Wenn die USA, wie Vance sagt, die Aggression Russlands als eine Sache zwischen Russland und der Ukraine, drückt es aus, dass die USA sich eher als Vermittler, denn als Unterstützer der Ukraine und der regelbasierten Ordnung der Charta von Paris, ja einer „pax americana“ sehen.



Die ersten drei Wochen der Trump Administration konzentrieren sich offensichtlich darauf „das Töten zu beenden“. Das zielt auf ein Einfrieren der Frontline und Ende von Luftangriffen. Sollte auch die Trump Administration eine souveräne, unabhängige Ukraine als Ergebnis ihrer sich überholenden Aktivitäten anstreben, kann sie erstens die laufende militärische Unterstützung der Ukraine gegen die russische Kriegsmaschine nicht aufgeben und muss sie zweitens neben der Ukraine und Russland vor allem NATO- und EU-Europa mit Partnern bei allen Regelungen eines Waffenstillstandes und weiter reichenden friedensfördernden Maßnahmen einbeziehen.

Tut sie das nicht, läuft sie Gefahr, nicht nur die Ukraine russischer Unterjochung anheim zu geben, sondern auch einem von Putin angestrebten Dominium über ein eurasisch eingebundenes Europa von Lissabon bis Wladiwostok Vorschub zu leisten. Die Trump Administration scheint nicht zu erkennen, dass – mit den Worten Kissingers – ein **Amerika** ohne einen Fuß und Verbündete in Europa **eine Insel** ist und **Europa** ohne die Anbindung an Amerika **eine Halbinsel** im äußersten Westen des eurasischen Kontinents bleibt.

Trumps Sonderbeauftragter für die Ukraine, Keith Kellog, verbat sich für die „as long as it takes“-Platitüde der Biden Administration in Haftung genommen zu werden. Aber bei schnellem und einseitigem Vorgehen muss er ein Jalta 2.0 vermeiden. Denn solche Entscheidungen – ohne eine souveräne Ukraine und ein gekräftigtes Europa – können in kurzer Zeit die USA wieder zu einer massiven Containment Politik zwingen.

Dies wird noch wahrscheinlicher, wenn bei den nun hastig angestrebten Verhandlungen Putin große Zugeständnisse im Sinne eines München 2.0 gemacht werden. Solche werden Putin ermutigen, seine seit Dezember 2021 zu Protokoll gegebenen geopolitischen Ziele – je nach kalkulierter Schwäche des „Westens“ – schrittweise oder massiv voranzutreiben.

Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hat in München die bisherige westliche Politik für die Ukraine und gegen den Aggressor kritisch eingeordnet mit den Worten: „Wir haben uns darauf konzentriert, Russland nicht zu provozieren, statt Wege zu nutzen, den Aggressor wirkungsvoll zu stoppen“. Und der Osteuropa Historiker Timothy Snyder konstatiert in seinem Beitrag: „Appeasement in Munich“, es sei fraglich, dass nachgeordnete Beamten die „radikal beschwichtigenden Zugeständnisse an Russland“ von Trump und seinem Verteidigungsminister erfolgreich „einfangen“ können. Deshalb bilanziert er mit dem Blick auf München 1938, dass „Trumps Appeasement ein Schritt Richtung 1939“ darstellt.

Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob Präsident Trump, der „Schlachten“ gewinnen will, zulässt, dass beim „Ziel, Kriege zu beenden“, der Aggressor völkerrechtswidrige Gewinne macht, die nicht nur einem russischen Dominium in Europa Raum geben, sondern die seine Gegenspieler im Indo-Pazifik als eine Schwäche Amerikas bewerten werden und deshalb mit überschaubarem Risiko eigene Entschlüsse für offensives Handeln, z.B. gegen über Taiwan, treffen können oder werden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen